

## Antrag

### der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Großen Anfrage der Fraktion der SPD  
und der Antwort der Landesregierung  
– Drucksachen 17/4736/5139/5641 –

### Rheinland-Pfalz – Land der Ganztagschulen

#### I. Der Landtag stellt fest:

Rheinland-Pfalz hat im Jahr 2002 durch ein Landesprogramm den Ausbau von Ganztagschulen gesetzlich verankert und gilt damit als Vorreiter beim Ausbau der Ganztagschulen. Durch den qualitativ flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz wird Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht. Die Ganztagschule in Rheinland-Pfalz genießt bei den Eltern hohe Anerkennung. Sie wird gesamtgesellschaftlich getragen.

Ganztagschule ist mehr als nur Betreuung. Sie zeichnet sich in Rheinland-Pfalz durch ein pädagogisch hochwertiges Angebot, Kooperationen mit außerschulischen Partnern und einem hohen Grad an Verlässlichkeit aus. Ganztagschulen sind an den Bedürfnissen und Interessen der Schülerinnen und Schüler ausgerichtet. Wie die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage „Erfolgsmodell Ganztagschule in Angebotsform“ (Drucksache 17/5139) zeigt, haben viele Schulen in den letzten Jahren Schwerpunktthemen wie gesunde Ernährung, ökonomische oder digitale Bildung oder MINT-Themen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) entwickelt. Darüber hinaus eröffnen Ganztagschulen neue Erfahrungsräume des sozialen Miteinanders, bieten Möglichkeiten zur Mitgestaltung schulischer Angebote und schaffen Angebote zur Entwicklung der Schülerpersönlichkeit. Es wird Wert auf eine intensive Kooperation mit den Eltern gelegt und regelmäßig eine interne Evaluation durchgeführt.

Die Ganztagschule führt dazu, dass mehr gemeinsame Zeit in der Schule vorhanden ist. Dadurch kann eine noch bessere individuelle Förderung ermöglicht werden. Es entsteht nicht nur ein erweiterter Zeitrahmen für zusätzliche Lern- und Übungszeiten, sondern auch Zeit für Angebote zur Förderung von besonderen Begabungen und Talenten. In diesem Zusammenhang sind Ganztagschulen ein zentraler Aspekt sozialer Gerechtigkeit und für eine gelingende Inklusion unerlässlich. Die verstärkte zwischenmenschliche Begegnung führt zu einer verbesserten Kultur der Anerkennung und fördert auch soziales Lernen. Wegen des erweiterten Zeitrahmens können Ganztagschulen ebenso der Demokratieerziehung einen besonders breiten Raum geben. Im Idealfall entsteht so eine beteiligungsorientierte Schule mit einer weitergehenden Idee von Bildung, Betreuung und Erziehung.

#### II. Der Landtag begrüßt,

- dass das Land zu 100 Prozent die zusätzlichen Personalkosten an Ganztagschulen übernimmt und zudem die Schulträger bei baulichen Maßnahmen unterstützt;
- dass seit dem Start des Ausbauprogramms für Ganztagschulen Mittel im Umfang von über 1,1 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt wurden;

- dass die Zahl der Ganztagschulen und die Zahl der Ganztags Schülerinnen und -schüler seit 2002 kontinuierlich gestiegen ist: die Zahl der Schulen von 232 auf 1 187 (2017), die Zahl der Schülerinnen und Schüler von 25 972 auf 106 953 (2017). An allgemeinbildenden Schulen ist somit jeder vierte Ganztagschüler oder Ganztagschülerin;
- dass ein flächendeckendes Angebot entstanden ist;
- dass 86 421 Schülerinnen und Schüler eine der 730 Ganztagschulen in verpflichtender oder Angebotsform besuchen, davon sind 33 183 im Grundschulalter. Insgesamt sind rund die Hälfte der Ganztags Schülerinnen und Ganztagschüler Grundschüler;
- dass es in jeder Verbandsgemeinde, verbandsfreien Gemeinde, großen kreisangehörigen Stadt und kreisfreien Stadt mindestens ein Ganztagsangebot im Grundschulbereich gibt. 95 Prozent der Förderschulen, 89 Prozent der Integrierten Gesamtschulen, über 81 Prozent der Realschulen plus und 50 Prozent der Gymnasien sind mittlerweile Ganztagschulen;
- dass jede Ganztagschule die Möglichkeit hat, mit Partnern aus der Region (Verbänden, Vereinen, öffentlichen und privaten Institutionen) Verträge abzuschließen. Laut der Großen Anfrage kamen so im Schuljahr 2017/2018 1 013 Verträge zustande – davon 499 mit Sportvereinen und 181 mit Musikschulen;
- die Garantie in Rheinland-Pfalz, dass jedes Kind einen Ganztagsschulplatz in erreichbarer Nähe erhält. Diese Garantie ermöglicht den Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf;
- dass die Fördermittel für die Ferienbetreuung im Haushalt bereits von ehemals 300 000 Euro in 2016 auf jetzt 1 Million Euro in 2018 erhöht wurden;
- dass die konkreten Angebote an rheinland-pfälzischen Ganztagschulen bereits sehr vielseitig sind: Es gibt Lese- und Sprachfördermaßnahmen, der mathematisch-naturwissenschaftliche Forscher- und Entdeckerdrang und die Fremdsprachenkompetenz werden gefördert, eine vertiefte Berufsorientierung und Angebote im erlebnispädagogischen, sportlichen und musischen Bereich werden geschaffen – all dies erfolgt oft in Kooperationen mit außerschulischen Partnern;
- dass eine Ausweitung des erfolgreichen besonderen zehnten Schuljahres „Keiner ohne Abschluss (KoA)“ zur Erlangung der Berufsreife ab dem Schuljahr 2019/2020 geplant ist. Grundprinzipien des Konzeptes und der pädagogische Ansatz sind die individuelle Förderung und der Ganztag;
- dass jeder Ganztagschule Referentinnen und Referenten des Landesinstituts sowie das Team der Ganztagsschulberaterinnen und -berater zur Verfügung stehen. Außerdem erhält jede Schule, die sich pädagogisch weiterentwickelt, ein jährliches Fortbildungsbudget von 1 500 Euro;
- dass alle Ganztagschulen Mittagessen anbieten müssen und einkommensschwache Familien bei den Kosten unterstützt werden;
- dass die Qualität der Mittagsverpflegung in Kitas und in Schulen in Rheinland-Pfalz, laut wissenschaftlichen Untersuchungen im Jahr 2016, im Gesamtergebnis mit guten Noten abschneidet;
- dass laut der 2017 veröffentlichten Studie „Mehr Schule wagen“ die rheinland-pfälzische Ganztagschule den geforderten Qualitätsanspruch bereits jetzt erfüllt. Ausschlaggebend waren die Mindestöffnungszeit und die Vielfalt bei den Angebotsinhalten.

### III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- das bewährte Ausbauprogramm für Ganztagschulen in Angebotsform bedarfsgerecht fortzuführen;
- die Schulen weiterhin positiv auf dem Weg zur rhythmisierten Ganztagschule zu begleiten;

- noch mehr Anreize für Kooperationen mit Vereinen und Organisationen, insbesondere auch in den Bereichen Sport, Musik, Kunst und Umweltbildung zu schaffen. Ziel muss sein, über die 27 bereits bestehenden Rahmenverträge hinaus weitere abzuschließen;
- bei der Inanspruchnahme von Ganztagsangeboten die Träger hinsichtlich einer ggf. erforderlichen Verbesserung bei der Schülerbeförderung zu unterstützen;
- Familien bei der Kinderbetreuung insbesondere in den Sommerferien noch stärker zu unterstützen;
- die Einrichtung eines verpflichtenden Ganztagsschulangebots überall dort zu prüfen, wo die Schulgemeinschaft und der Schulträger es wünschen;
- dafür zu werben, dass Ganztagschulen von der gesamten Schulgemeinschaft getragen werden und multiprofessionelle Teams aus schulischen und außerschulischen Kräften zum Einsatz kommen;
- dass Ganztagschulen an weiterführenden Schulen ihre vielfältigen Möglichkeiten gezielt für eine vertiefte Berufs- und Studienorientierung nutzen;
- die Schulen dahingehend zu unterstützen, das Fortbildungsbudget verstärkt zur Unterstützung des Ganztagsangebotes zu nutzen;
- allen Kindern, unabhängig vom Einkommen der Eltern, die Teilnahme am gemeinsamen Mittagessen zu ermöglichen. Bestehende Initiativen in Rheinland-Pfalz, die Eltern mit niedrigem Einkommen dabei unterstützen, unkompliziert Geld aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes für das Mittagessen zu beantragen, könnten hierbei so lange als Best-Practice-Beispiel dienen, bis auf Bundesebene eine unkompliziertere Regelung gefunden ist;
- sich dafür einzusetzen, dass alle Verantwortlichen mit geeigneten Maßnahmen und Aktionen dabei unterstützt werden, ein gesundes Mittagessen im Sinne der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung anzubieten sowie das bestehende Schulobstprogramm fortzuführen;
- bei der anstehenden Novellierung der Schulbaurichtlinien die Anforderungen des Ganztagsunterrichts und der Inklusion, sowie bei Neubau und Umbau von Schulgebäuden die Energieeffizienz und eine nachhaltige Bauweise und Technik zu berücksichtigen.

Für die Fraktion der SPD:      Für die Fraktion der FDP:  
Martin Haller                      Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Pia Schellhammer

